

Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Eindrücke aus der medizinischen Versorgung in Palästina

54 Prozent – das ist die Quote der Patient*innen, die aufgrund schwerer Krankheit den Gaza-Streifen für eine medizinisch notwendige Behandlung verlassen dürfen.

Vor wenigen Jahren waren es noch 100 Prozent, berichteten uns Mitarbeiter*innen von Physicians for Human Rights Israel (PHRI) in Tel Aviv, die wir auf unserer Reise besuchten. Die Lage im blockierten Gazastreifen verschärfte sich zunehmend. Viele Verletzungen und Krankheiten können in den palästinensischen Gebieten nicht adäquat versorgt und behandelt werden – es fehlt an Ärzt*innen, Medikamenten, Geräten, Know-How bzw. Spezialist*innen. Allein im Jahr 2018 seien 94 Amputationen bei Jugendlichen vorgenommen worden, die bei Protesten in Gaza von israelischen Soldat*innen in die Beine bzw. Knie geschossen worden waren, um sie bewegungsunfähig zu machen. Angeschossene Jugendliche können nicht in ein Krankenhaus nach Israel überwiesen werden, da sie an der Grenze durch das Militär festgenommen würden. Den Ärzt*innen vor Ort fehlten die Möglichkeiten, um die verletzten Gelenke zu retten, deshalb amputieren sie in dieser Notlage.

PHRI berichtet auch von der 40-jährigen Nivin Habub. Sie leidet an einem ossär metastasierten Mamma-Karzinom und sollte zur Strahlentherapie im Augusta-Victoria-Krankenhaus in Ostjerusalem vorgestellt werden. Israel verbietet die Einfuhr von Strahlentherapie-Materialien in die palästinensischen Gebiete, deshalb ist ein Transfer der Patient*innen nötig. Die Finanzierung wurde bewilligt, nur: Die Papiere zur Ausreise erhielt Nivin nicht. Der

Grund: „Verwandschaftliche Beziehung zu einem Mitglied der Hamas“ oder israelische „Sicherheitsbedenken“. Immer wieder würde Kranken notwendige Hilfe verweigert unter dem Vorwand, es gäbe in der Verwandtschaft Hamas-Mitglieder, so PHRI. Die Organisation versucht derzeit nach eigenen Angaben, diese zutiefst unethische „Sippenhaft“ vom Obersten Israelischen Gericht verbieten zu lassen.

Es sind nicht zuletzt die Frauen, die in bewaffneten Konflikten leiden. Dies bestätigt auch die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats aus dem Jahr 2000. In ihr wird den Auswirkungen von militärischen Konflikten auf Frauen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. PHRI hat daher eine Kampagne ins Leben gerufen, die die Verweigerung der medizinischen Versorgung palästinensischer Frauen durch die Netanjahu-Regierung zum Thema hat. Im Gazastreifen fehlen nicht nur CT-Geräte und Chemotherapeutika, es mangelt mittlerweile auch an Ärzt*innen, die in großer Zahl das Land verlassen hätten. Trotz der desolaten Lage gibt es auch Zeichen der Hoffnung. So hat sich laut PHRI die Israel Medical Association öffentlichkeitswirksam an die Sicherheitsbehörden gewandt, um die Lage der Betroffenen zu verbessern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit von PHRI ist die Versorgung von Geflüchteten. Ihre Zahl liegt laut PHRI unter 40.000. Es sind vor allem afrikanische Einwanderer, die größtenteils aus Eritrea und auch aus dem Sudan kamen und überwiegend in den einfachen, heruntergekommenen Vierteln im Süden der Küstenstadt Tel Aviv leben. Dort hat sich in den vergangenen Jahren eine starke Bewegung gegen Migrant*innen gebildet, die sich mit Protestaktionen für Abschiebungen einsetzt. „Premier Netanjahu will die kleine Zahl ungeliebter Asylsuchender am liebsten nach Uganda abschieben.“ Neue Flüchtlinge kommen nicht mehr, da die Außengrenzen Israels mittlerweile hermetisch



DIE MAUER, FLÜCHTLINGSLAGER AIDA, BETHLEHEM

abgeriegelt sind. Physicians for Human Rights Israel setzt sich für das Recht auf medizinische Versorgung dieser Menschen ein. Die Mediziner*innen bieten humanitäre Hilfe, Beratung und Rechtsbeistand, meist ehrenamtlich. Geflüchtete und Asylsuchende, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, können nach Jaffa in die Klinik von PHR kommen.

Unzureichend ist ebenso die dringend benötigte psychiatrische Hilfe in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Die anhaltende militärische Besatzung sowie innerpalästinensische Auseinandersetzungen wirken sich sehr schädlich auf die körperliche und psychische Gesundheit der Menschen aus. Viele sind direkter und indirekter Gewalt ausgesetzt, einschließlich Überfällen auf ihr Zuhause und Festnahmen von Familienmitgliedern. Viele Menschen in Seelennot sind noch unter 18 Jahren. Zudem leiden die Menschen unter den prekären Lebensbedingungen. Die allgemeine sozio-ökonomische Lage ist vor allem im Gazastreifen dramatisch und verschlechtert sich weiter: Hohe Arbeitslosigkeit, Stromengpässe, es mangelt an Trinkwasser, die Menschen können aufgrund der Blockade nicht mehr in den Gazastreifen einreisen oder ihn verlassen.

Patienteninteressen würden sowohl von israelischer als auch palästinensischer Seite immer wieder als Druckmittel in Verhandlungen missbraucht, erzählen uns unsere Gesprächspartner von PHRI. So hatte die Palästinensische Autonomiebehörde, die für die Kosten von Behandlungen in Israel aufkommt, kürzlich angekündigt, die Zahlungen einzustellen – aus Protest gegen die ungerechte Verwendung der palästinensischen Steuern in Israel. Alternativen, Patient*innen in Gaza oder in Jordanien zu behandeln, sind derzeit nicht vorhanden. Die Verhandlungen mit den militärischen und zivilen Akteuren beider Seiten stellen PHRI immer wieder vor große Herausforderungen.

Es ist das Schicksal der Kinder und Jugendlichen, das mir am meisten unter die Haut ging. Und dabei geht es nicht nur um Verkrüppelungen. Es geht um die Toten in den besetzten Gebieten. Sieben erschossene Kinder und Jugendliche war die Bilanz allein in den ersten vier Tagen unseres Aufenthaltes. Und auch die letzte Nachricht am Tage des Abfluges auf meinem Mobiltelefon von der linksliberalen israelischen Tageszeitung Haaretz lautete: 15-jähriger Junge von israelischen Militärs erschossen. Sowohl diese direkte als auch die indirekte, strukturelle Gewalt der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu mit ihren verheerenden Folgen für die palästinensische Bevölkerung hat mich zutiefst erschüttert. Dabei braucht es kein Wunder, um an der Situation etwas zu verbessern. Guter politischer Wille wäre schon ein Anfang.

Weitere Berichte der IPPNW-Begegnungsreise nach Israel/ Palästina unter: blog.ippnw.de/tag/israel

Die PHRI-Studie zur Frauengesundheit in Gaza finden Sie unter: kurzlink.de/frauen-gaza

Die IPPNW-Resolution „Israel nach der Wahl – deutsche Verantwortung für den Frieden“ ist auf S. 7 im internen Teil dokumentiert.



Lars Pohlmeier ist Mitglied des Vorstands der deutschen IPPNW und war im April 2019 mit der IPPNW-Reisegruppe in Israel/Palästina unterwegs.